

Bezugsgebühr:

Periodisch 2 M. so W.; auch

in Sach 2 M.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich. Sie berichtet in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Bevölkerung durch eigene Säulen und Gemeinschaften erfasst, erhalten und gegen die Amerikaner, bis jetzt auf dem Boden und Meerwasser liegen, in und Thüringen eingeschlossen sind. Siehe hierauf die "Dresdner Nachrichten".

Telegraph: Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Meyer's warme Joppen  
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Gegründet 1856.

Anzeigen-Carli.

Abnahme von Auftragungen bis Sonnabend 3 Uhr. Sonn- und Dienstag nur Marienstraße 20 von 11 bis 12 Uhr. Die übrige Gründung ist ab 12 Uhr 20 bis 24 Uhr. Anfertigungen auf der Brücke Seite zu 10 bis 12 Uhr. Bei 20 Pfund Seite als "Günstig" oder auf Briefkarte 10 bis 12 Uhr. In Rümmern nach Sonn- und Dienstag 12 bis 14 Uhr. Anfertigungen ab 10 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr nach bestellten Tagen. Aussonderungskosten werden mit 10 bis 12 Pfund berechnet.

Haus- & Geldkästchen:  
Marienstr. 28.

Bernhard'sches  
Kunstgewerbe:  
Marienstr. 11 und Nr. 2096.



Reichhaltigen Katalog  
Prakt. Weihnachtsgeschenke u.  
Mechanische Spielwaren  
sendet gratis  
Ferd. Dettmann,  
Optisches Institut,  
Dresden-L., König Johannstrasse.



BERNHARD  
SCHÄFER

2 PRAGER-STR. 2.

HOCHZEITS  
GESCHENKE

**H Das müssen wir lesen!**  
Hoffmann's Novelle: "Der Schönheitsapostel".  
verbindet das Aneignen mit dem Nützlichen, gleich in  
der Erzählung **praktische Winke für die**  
**Schönheitspflege!** Passendes Geschenk für Damen  
und junge Herren. Reich illustriert. Preis 1 Mark.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Verlag von  
Fr. Tittel Nachfl., Dresden, Piliitzer Strasse.

**Tuchwaren.** Grassartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise.

**Mr. 335. Spiegel:** Vorwahl des Präsidenten Roosevelt. Stadtverwaltung, Eisenbahn, Telefonsysteme. Mathematische Witterung. Strenger Frost, heiter. **Donnerstag, 4. Dezember 1902.**

## Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Theodor Roosevelt — das „oo“ in dem Namen des Präsidenten wird nach dessen eigener authentischer Erklärung nicht wie „oo“, sondern wie ein langes „o“ ausgesprochen — hat an den am 1. Dezember zu seiner ersten Session zusammengetretenen neu gewählten Kongress der großen transatlantischen Republik die übliche Botschaft gerichtet. Der jetzige Kongress ist der 58. seit dem Bestehen der Union und zählt 366 Mitglieder, das heißt 20 mehr als der vorige. Die neu gewählten Mandate, die hauptsächlich auf die Nordstaaten entfallen, sind auf Betreiben der republikanischen Partei in's Leben gekommen worden und auch dieser aussichtsreich zu Gute gekommen. Das amerikanische Unterhaus, Repräsentantenhaus genannt, setzt sich nach dem Wahlausatz der Bevölkerung auf Grund allgemeiner und direkter Wahlen aus Vollvertretern zusammen, die mindestens 25 Jahre alt und seit 7 Jahren Bürger der Vereinigten Staaten sein müssen. Das Oberhaus oder der Senat besteht aus 90 Mitgliedern, je zwei aus den 45 Staaten der Union, die 20 Jahre alt und seit 9 Jahren Bürger sein müssen, von den gehobenden Abgeordneten der Einzelstaaten auf 6 Jahre gewählt und alle zwei Jahre zu einem Drittel erneuert werden. Die jetzt eröffnete Sitzung muß verfassungsmäßig am 4. März 1903 beendet sein. Die Amerikaner unterscheiden „große“ und „kleine“ Kongresswahlen. Die Wahlen finden regelmäßig am ersten Dienstag im November jedes zweiten Jahres statt und da nun ebenfalls an dem gleichen Termin in jedem zweiten Jahre die Präsidentenwahl vollzogen wird, so gelten die mit der Präsidentenwahl zusammenhängenden Kongresswahlen als „große“, als eine Haupt- und Staatsaktion, während die sogenannten „kleinen Wahlen“ sind, wie sie in diesem November stattgefunden und der republikanischen Partei aufs Neue die Herrschaft gesichert haben, nur die geringere Bedeutung von Vorwahngeschehnissen für die Haupthandlung im Präsidentenwahljahr beanspruchen dürfen.

Die jetzige Botschaft des Präsidenten Roosevelt ist ein staatspolitisches Alt, dessen internationale Bedeutung durch die hervorragende Stellung, die Amerika neuerdings in der Weltpolitik einnimmt, von selbst gegeben ist. Außerdem kommt aber noch ein persönliches Moment hinzu, das bei der Beurteilung der Aussichtswelt der Botschaft nicht unerheblich in's Gewicht fällt. Roosevelt ist nämlich ein Präsident, wie ihn die Union kaum jemals in solcher kraftvoll ausgeprägten Eigenart gehabt hat, dessen außerdienstlicher Einfluss auf den Gang der äußeren und inneren Politik seines Landes deutlich von seinem unparteiischen Beobachten der transatlantischen Beziehungen gelegnet werden kann. Als Beweis für das ungewöhnliche Ansehen, dessen der Präsident sich bei seinen Landsleuten erfreut, mag hier u. a. angeführt sein, daß die über amerikanische Einstellungen und Vorgänge stets besonders gut unterrichteten „Daily News“ eine „unermüdliche Beliebtheit“ Roosevelt's feststellen. Wenn ein solcher Mann, der, wie kaum ein zweiter Präsident seit dem großen Washington, das amerikanische Volk seit im Äugel hat und dem nationalen Sturm und Drange seine Bahnen und Richtungen anzusetzen befähigt und befähigt ist, sich über die schwierigen Fragen, welche die öffentliche Meinung seines Volkes bewegen, in der feierlichen Form einer Botschaft äußert, so hat er ein besonderes Recht darauf, auch von den fremden Nationen achtungsvoll gehört zu werden. Früher war es immer ein Allerweltsergebnis, wenn der leitende großbritannische Premierminister seinen echt englisch langwiliigen „Speech“ auf dem Lordmayorbanquet in der Guildhall in London hielt. Seitdem aber England in seiner auswärtigen Politik einen unverkennbaren Niedergang erfahren hat, sind die Guildhallreden eine ziemlich wohlsiehe Worte auf dem internationalen Markt geworden, während die Botschaften des amerikanischen Präsidenten an den Kongress sich einer steigenden Aufmerksamkeit auch im Auslande erfreuen. Der Unschwung in der weltpolitischen Prägung der Mächte, wie er durch das Verlassen des Großbritannischen und das Auftauchen des amerikanischen Sterns bezeichnet wird, findet auch in der angedeuteten verschiedenartigen Bewertung der beiderseitigen hochpolitischen Handlungen einen sichtbaren Ausdruck.

Für das Ausland sind in der Botschaft des Präsidenten Roosevelt (vgl. unter Tagesschichte) in der gestrigen Abendausgabe der „Dresdner Nachrichten“ vornehmlich diejenigen Stellen von Interesse, die sich auf die Monroelehre, auf die Hochsicherheitspolitik und auf die Einwanderungsfrage beziehen. Nach der wiederholte dargelegten Auffassung des Präsidenten kann es nicht Wunder nehmen, daß er wiederum sehr nachdrücklich betont, der Grundsatz: „Amerika den Amerikanern!“ müsse die amerikanische Politik beherrschen. Die Monroelehre ist dem Vanteatum so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß ein leitender Staatsmann in Washington, der sie nicht als vollständig behandelbar wollte, sich schlechtweg unmöglich machen würde. Man darf deshalb vom Präsidenten Roosevelt vernünftiger Weise nichts weiter erwarten, als daß er sich wenigstens loyal bemüht, die allzu groben Schrecken des Monroekonzepts von Fall zu Fall zu mildern und einer Aktion fremder Mächte auf amerikanischem Boden, wenn sie in Vertretung beiderseitiger Interessen erfolgt, keine Schwierigkeiten zu bereiten, sofern sie nicht aus dauernden Konkurrenz gerichtet ist. Diese Vo-

dingungen sind bei dem jetzigen deutsch-englischen Vorgehen gegen Venezuela in jeder Weise erfüllt, und da der Präsident ausdrücklich versichert, „daß nicht die mindeste Differenz mit dem Auslande zu befürchten sei“, so dürfen wir uns hier zu Lande wohl der zukünftigen Hoffnung hingeben, daß wir unsere gerechten Ansprüche gegenüber Venezuela eventuell auch mit Waffengewalt werden durchsetzen können, ohne dabei mit der Washingtoner Regierung in Feindschaft zu gerathen. Als ein Fortschritt ist es zu begrüßen, daß Präsident Roosevelt die mittel- und südamerikanischen Revolutionsstaaten ernstlich an ihre Pflicht, im Innern Ordnung zu halten und ihren Verbindlichkeiten gegen das Ausland nachzukommen, gehaucht. Es liegt in diesem Hinweise eine leise Andeutung in dem Sinne, daß andernfalls die Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, sich den Exekutionen fremder Mächte zu widerstehen und daß gegebenenfalls jene Staaten sogar ein Einschreiten der amerikanischen Bundesgewalt selbst gewagt würden. Die schlichtliche Empfehlung des Ausbaues einer starken Flotte entspricht dem imperialistischen Thoutendrange, der neuerdings die Amerikaner ergrieffen hat. Der Präsident darf in diesem Punkte der Zustimmung auch der demokratischen Partei sicher sein; denn die Gegnerschaft der amerikanischen Demokraten gegen den Imperialismus ist doch immer nur eine bedingte, in gewissen Temperamentsunterschieden begründete und gegen allzu gewagte und weitaußschauende Weltpolitische Unternehmungen gerichtet. Dagegen sind „Demokraten“ von unserem deutschen Schlag, die gegen eine zielbewußte Kolonialpolitik und eine starke Flottenmacht überhaupt agitieren, in den Vereinigten Staaten kaum zu finden.

Auf dem Gebiete der internationalen Handelsbeziehungen erklärt sich Präsident Roosevelt für einen überzeugten Anhänger des Schutzzolls, unter dessen Herrschaft die Wohlhaben des Landes immer gewachsen sei. Aus den auf dieses Kapitel bezüglichen Ausführungen ist überhaupt für das Ausland wenig Trost heraus zu hören, da selbst die grundsätzliche Empfehlung von Reciproziäts- (Gegenseitigkeits-) Verträgen nur vom Standpunkte der strengen amerikanischen Eigentümlichkeit aus erfolgt und der Präsident in Uebrigem den Gedanken, „durch Tarifänderungen den Einfuhrartikeln des Auslands Vorteile zu gewähren“, schlechtweg von der Hand weist. Nicht einmal das Eine läßt sich nach den in der Botschaft enthaltenen Andeutungen erwarten, daß Herr Roosevelt mit seinem persönlichen Einfluß dahin wirken werde, gewisse Zölle, die lediglich dem Interesse der Tarife dienen, indem sie es diesen ermöglichen, im Innern jede Konkurrenz neben zu halten und das Ausland mit ihren Waren zu Schleuderpreisen zu über schwemmen, zu Gunsten des einheimischen amerikanischen Weltbewerbs herabzumindern. Wir haben also alle Ursache, unsere eigene zollpolitische Rüstung gegenüber Amerika möglichst hübsch und frisch zu machen.

Die Einwanderungsfrage, die bereits durch die Note des Staatssekretärs Hahn an die Signaturmäßige des Berliner Vertrags in Sachen der rumänischen Juden eine drastische Beleuchtung erfahren hat und die der Präsident in seiner Botschaft ebenfalls kurz berührt, dürfte auch kaum eine Lösung finden, die in der Richtung einer erweiterten Definition der amerikanischen Landesgrenzen liegt. Hier gilt ebenso wie in der Tarifpolitik der Grundsatz der Einschränkung der Fernhaltung des fremden Zugangs, sofern dieser noch keinen politischen, wirtschaftlichen- sozialen und persönlichen Eigenschaften eine unerwünschte Vermehrung der Landesbevölkerung darstellt. Schon seit längerer Zeit gehen die amerikanischen Einwanderungskommissare nicht bloss streng, sondern geradezu rücksichtslos gegen die transatlantischen Ankömmlinge vor und selbst Asylsuchende werden entgegen der früheren Gevlogenheit peinlichen Verhören und Untersuchungen unterworfen. Schon hieraus konnte man entnehmen, woher der Wind weht, und wenn daher der Kongress nun mehr Mahregeln beschließt, die auf Einschränkung der „europäischen Völkerwanderung“, wie man drüben spöttisch sagt, abzielen, so wird das nur die formell gelegte Befreiung einer Lage sein, die tatsächlich bereits vorher bestanden hat. In jedem Falle wird man sich im Auslande darauf einrichten müssen, daß Präsident Roosevelt der eigentlich Dirigent des Washingtoner Orchesters ist, und daß er vollends nach der durch die letzten Wahlen ihm zu Theil gewordenen Befestigung seiner Stellung in seiner Botschaft den Ton angibt, nach dem der Kongress die Musik macht.

## Neueste Drahtmeldungen vom 3. Dezember. Nachts eingehende Dinge befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Wien-D.). Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Zolltarifvorlage. — Präsident Graf Ballerstrem theilt mit, daß ein Abgeordneter eingegangen sei, welcher Abstimmung des Geigenstandes von der Tagesordnung auf so lange verlangte, bis die Geschäftsordnungskommission Bericht erstattet und das Plenum Beschluss gefaßt habe über die der Kommission am 7. November überwiesen Frage, ob ein einmal vom Haufe über den Gang der Berathungen gefaßter Beschluss wieder rückgängig gemacht werden könne. Der Präsident stellt den grundsätzlichen Theil dieses Antrags, die Abstimmung des Geigenstandes von der heutigen Tagesordnung, zur Debatte. — Abg. v. Kardorff beantragt Übergang zur Tagesordnung und befürwortet diesen Antrag. Gegen den Antrag auf Tagesordnung spricht Abg. Haase (Soz.). Präsident Graf Ballerstrem giebt den Vorsitz an den Vizepräsidenten Büsing.

— Abg. Molkenau (Soz.) erläutert die Befürchtungen des Hauses, daß die Befürchtungen des Hauses, wenn es so wie gestern fortahre, den Präsidenten herabwürdige, schreitet Vizepräsident Büsing abermals ein, um gegen die Behauptung zu protestieren, daß der Präsident sich herabwürdig tun könne. (Großer Lärm.) Haale entspannt. Das habe ich ja gar nicht gesagt, und konstatiert: Ich habe mir gefragt, daß die Mehrheit den Präsidenten herabwürdige. Nach diese Wendung wird vom Vizepräsidenten als ungültig erklärt. Dann tritt Redner für den Antrag auf Abstimmung von der Tagesordnung ein, indem er an die Vorfälle vom 7. November erinnert und dabei den getroffenen Besluß des Hauses bemängelt, nicht in der Beratung des Zolltarifs fortzufahren, sondern über § 1, Abz. 1 des Gesetzes nach Antragsvorlage zu beraten. — Vizepräsident Büsing widerstreift wiederholt diesem Eingehen auf einen gestern gefaßten Besluß des Hauses, ruft den Redner zweimal zur Orde und droht ihm den Fall weiteren Abstimmens von der Sache Wortentzettelung ab. — Redner bricht schließlich kurz ab. — Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über den sozialdemokratischen Antrag auf Abstimmung wird in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 66 Stimmen mit 6 Stimmenthaltungen angenommen. — Vizepräsident Büsing: Es beginnt nunmehr wieder die Beratung des § 1. Abz. 1 mit den dazu vorliegenden Anträgen. — Abg. Dr. Barth (zur Geschäftsförderung): In der Kommission sind 23 Referenten bestellt worden. Ich beantrage, daß wir zunächst die Referenten hören, und zwar der Reihe nach. Es wäre ja nun auch möglich, wie das auch sonst vor kommt, daß einzelne der Referenten auf das Wort verzichten. Für diesen Fall würde ich beantragen, daß diejenigen Theile der Kommissionsbeschluße, bezüglich deren die Referenten verzichten, an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen werden. — Abg. Dr. v. Mohr empfiehlt dagegen, die Referenten, wie das bei den Petitionen zu gehörigen übliche, erst nach abgeschlossener Beratung zu hören. — Abg. Singer widerstreift dem und verlangt erstmals geschriebene Berichterstattung. — Vizepräsident Büsing erklärt, er werde den Referenten das Wort ertheilen, da der Tarif einen Theil des Antrags Kardorff bildet und dieser zur Diskussion steht. — Abg. Gothein (frei. Vereinig.): Obwohl ich von dieser Erklärung an sich befriedigt bin, muß ich doch darauf hinweisen, daß es ein schauderhafter Gedanke wäre, hinter einander alle 23 Referenten zu hören. Das Richtigste ist doch, daß jeder Referent nachdem er berichtet hat, seine Anträge stellt und dann über die beschlossen wird. — Vizepräsident Büsing betreut, daß in dieser Weise vorgegangen werden könne, nachdem das Hauses gestern durch Abstimmung des Antrags Kardorff bestanden habe, daß der Tarif als etwas Einheitliches behandelt werden sollte. Er gebe also jetzt den Referenten das Wort, und zwar zunächst dem Abg. Grafen Schwerin-Löwitz. — Abg. Graf Schwerin-Löwitz: Ich verzichte. (Lärm.) — Abg. Barth (zur Geschäftsförderung): Das war zu erwarten. Ich beantrage nun, diejenigen Theile des Tarifs, über die Graf Schwerin zu berichten beauftragt mor, an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen. — Abg. Gothein (frei. Vereinig.): Weit daraus hin, daß Großherzog von Schleswig-Holstein bestellt worden sei, mindianisch Bericht zu erstatten. Er verleihe also keine Pflicht, wenn er nicht referiert. — Abg. Singer stimmt dem bei. — Abg. Richter: Es ist wohl Brauch, daß ein Berichterstatte hier verzichtet, wenn er schriftlichen Bericht erstattet hat; aber wenn die Kommission ihn mit mündlicher Berichterstattung beauftragt hat, so ist er auch dazu verpflichtet. (Beschluß links.) — Vizepräsident Büsing: Meine Herren. Der Herr Berichterstatte ist jetzt bereit, zu referieren. (Großer Heiterkeit links.) Ich ertheile ihm das Wort. — Abg. Dr. Schwerin-Löwitz: Ich verzichte. (Lärm.) — Abg. Barth (zur Geschäftsförderung): Das war zu erwarten. Ich beantrage nun, diejenigen Theile des Tarifs, über die Graf Schwerin zu berichten beauftragt mor, an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen. — Abg. Gothein (frei. Vereinig.): Weit daraus hin, daß Großherzog von Schleswig-Holstein bestellt worden sei, mindianisch Bericht zu erstatten. Er verleihe also keine Pflicht, wenn er nicht referiert. — Abg. Richter: Es ist wohl Brauch, daß ein Berichterstatte hier verzichtet, wenn er schriftlichen Bericht erstattet hat; aber wenn die Kommission ihn mit mündlicher Berichterstattung beauftragt hat, so ist er auch dazu verpflichtet. (Beschluß links.) — Vizepräsident Büsing: Meine Herren. Der Herr Berichterstatte ist jetzt bereit, zu referieren. (Großer Heiterkeit links.) Ich ertheile ihm das Wort. — Abg. Dr. Schwerin-Löwitz berichtet über die Nummern 5 bis 22 des Tarifs. Mais, Mais, Leitung, Säuerchen, Buttermittel, unterfachliche Unmöglichkeit der Linien. — Abg. Dr. Barth: Nachdem der Herr Referent seiner Pflicht mit nur 10 Minuten aufzukommen gezwungen ist, beantrage ich, die Nummern 5-22 des Tarifs noch jetzt zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuweisen. Ein derartiger so genannter mündlicher Bericht ist kein Bericht, das ist die Karikatur eines Berichts. Vizepräsident Büsing ruft den Redner wegen dieses Antrags Kardorff auf. — Abg. Dr. Barth widerstreift der Rückverweisung. Die Linke habe ja dem Referenten nicht einmal angehört. — Abg. Singer tritt dem Antrag Barth auf Rückverweisung bei und verlangt eine Erklärung der Regierung, wie sie über den Antrag Kardorff denkt. (Staatssekretär Graf Poladowski, der einige Zeit hindurch den Verhandlungen beigewohnt hat, verläßt den Saal.) Die Regierung habe monatlich an den Verhandlungen in der Kommission durch Vertreter teilgenommen und gerade dort die größten Bedenken gegen viele der Kommissionsbeschluße erhoben, und zwar schwerigste. Sei denn die Regierung nur dazu da, um hinter den Comitien zu verbünden oder zu arbeiten, sei es nicht eine Blamage der Regierung vor aller Welt, wenn sie sich hier nicht erklärt? Redner verzichtet über den Antrag Barth namentlich Abstimmung. — Abg. Barth: Ich darf nicht sich auf die Regierung aufstellen, sofort aus dem Saale verschwinden sei. — Abg. Dr. Barth: Ich hält keinen Vorrang aufrecht, daß die Linke den Referenten gar nicht zugelassen habe, sondern zum größten Theile sogar aus dem Saale vertrieben sei. — Abg. Stadtbaumeister (Soz.) will das bestreiten und juriert dann für den Antrag Barth. Ebenso die Abg. Gothein und Bernau für Bernau. — Abg. Molkenau: Ich halte ebenfalls schriftliche Berichterstattung für erforderlich, namentlich über Mais. — Hierauf wird der Antrag Barth auf Rückverweisung der Tarifnummern 5-22 an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung mit 22 gegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Staatssekretär Graf Poladowski: Es ist gewünscht worden, daß ich mich zum Antrag Kardorff äußere. Die Regierung lehnt es aber leis ab, sich in Geschäftsvorberufungen fragen des Hauses zu müssen. Sie wird abwarten, bis das Haus in die sachliche Beratung des Antrags Kardorff eingetreten sein wird, und sie kann nur wünschen, daß dieser Zeitpunkt möglichst nahe sein möge. — Abg. Kamp (Märkte): Berichtet über die Positionen 23-43, Kartoffeln, Rüben, Butterküchen, Tabak, Drogen, Kindergemüse, lebende Pflanzen, Biergärtnerei-Erzeugnisse. — Kardorff: Dieser Referent ist Minuten geworden, beantragt Abg. Stolle (Soz.), die Positionen an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen.

**Pfund's sterilisierte Kindermilch Trocken.**  
(keimfrei). **Pfund's** **sterilierte Kindermilch Trocken.**  
Pfund's **sterilierte Kindermilch Trocken.**